

und Gefö gesichert haben soll, um dann die Aberkennung deren Gemeinnützigkeit durch das Land Burgenland voranzutreiben und die Wohnhäuser mit großem Gewinn zu verkaufen. Das Land Burgenland hat Tojner und dessen Geschäftspartnern Betrug und Untreue vorgeworfen. Tojner weist alle Vorwürfe zurück.

Der Verdacht der Staatsanwaltschaft ist, dass Tojner mit der Finanzierung der Stiftung in Verbindung steht, und „diese bereits mit dem Ziel errichtete beziehungsweise errichten ließ, sich oder einem Dritten das Vermögen der gemeinnützigen Gesellschaften unrechtmäßig zuzueignen“, heißt es laut „Dossier“ im Kontoöffnungsbehl. (APA/red.)

Deutschland kratzt die Kurve gerade noch

Privater Konsum stützte die Wirtschaft.

Berlin. Es war in der Vergangenheit schon angedeutet worden, am Mittwoch hatte man es schwarz auf weiß: Europas größte Volkswirtschaft konnte im abgelaufenen Jahr nur noch um 0,6 Prozent zulegen. Das Plus fiel damit so schwach aus wie zuletzt 2013. „Das Wirtschaftswachstum 2019 ist ein Warnsignal“, sagt dazu Martin Wansleben, Chef des Industrie- und Handelskammertages. Nur die solide Binnenkonjunktur konnte Schlimmeres verhindern. Die Verbraucher stützten den stotternden Konjunkturmotor, auch die Baubranche entwickelte sich gut. Die traditionell starke exportorientierte Industrie schwächelte aber gehörig. Die Wirtschaftsleistung im produzierenden Gewerbe (ohne Bau) ging um 3,6 Prozent zurück. Auch die Krise der Autoindustrie war spürbar. Sie dürfte das Wachstum um rund 0,75 Prozentpunkte gedämpft haben. Der Strukturwandel macht den Unternehmen zu schaffen. Die Autoindustrie ist immerhin für fünf Prozent der gesamten Bruttowertschöpfung verantwortlich.

Die Weltbank attestiert der deutschen Wirtschaft eine nachlassende Wettbewerbsfähigkeit. Schuld daran seien steigende Energiekosten, hohe Steuern und viel Bürokratie, kritisieren Experten. „Wir sind zu einem Schnarchland geworden, weil es uns zehn Jahre richtig gut ging“, so der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie. (ap/red.)

Die globale Einbahnstraße

Die Presse 16.01.2020

China. Die Neue Seidenstraße der Chinesen ist ein logistisches Jahrhundertprojekt. Auch europäische Unternehmen hofften davon zu profitieren, werden es aber kaum tun.

Von unserem Korrespondenten
FABIAN KRETSCHMER

1 Peking. Hunderte Milliarden Euro investiert die chinesische Regierung, um Handelsrouten weltweit auszubauen. Die „Belt and Road“-Initiative – auch Neue Seidenstraße genannt – ist ein logistisches Jahrhundertprojekt. Eine Zugverbindung führt etwa über Zentralasien, die Türkei und Russland bis nach Deutschland. Die Vorteile liegen auf der Hand: Während ein Schiffscontainer von Hamburg bis nach Shanghai über einen Monat benötigt, dauert die Zugverbindung kaum mehr als zehn Tage. Präsident Xi Jinping beschreibt sein Prestigeprojekt in der Öffentlichkeit gern als Win-win-Situation.

2 Eine am Donnerstag von der europäischen Handelskammer vorgestellte Studie kommt zu einem anderen Ergebnis: „Die ‚Belt and Road‘-Initiative ist kein multilaterales Setting, sondern mutet wie eine Einbahnstraße an – ein geschlossenes System“, sagt Kammerpräsident Jörg Wuttke. Der Deutsche lebt seit den Neunzigerjahren in China, hält mit seiner Kritik an den Wettbewerbsnachteilen ausländischer Firmen im Land nicht hinterm Zaun. Nur 20 der insgesamt 132 befragten Unter-

nehmen haben sich überhaupt um die Teilnahme an einem Projekt der „Belt and Road“-Initiative beworben – „überraschend wenig“, wie Wuttke sagt. Zudem macht die Umfrage deutlich, wie intransparent die Neue Seidenstraße von den Chinesen gehandhabt wird. Nur zwei der befragten Unternehmen haben von Projekten durch öffentliche Ausschreibungen erfahren, der Rest wurde direkt durch chinesische Geschäftspartner oder von der Regierung an Bord geholt.

3 Bereits 2018 hat die Washingtoner Denkfabrik Center for Strategic and International Studies erhoben, dass die Wertschöpfungskette weitgehend in chinesischer Hand bleibt: Von den untersuchten chinesisch finanzierten Infrastrukturprojekten in 34 asiatischen und europäischen Ländern seien 89 Prozent von chinesischen Unternehmen umgesetzt worden. Knapp acht Prozent der Aufträge ging an lokale Bieter, nur drei Prozent entfielen an internationale Unternehmen.

4 Dies wird auch bei der „digitalen Seidenstraße“ deutlich. China

investiert nämlich nicht nur in logistische, sondern auch digitale Infrastruktur. Diese Aufträge erfolgen laut der aktuellen Studie der europäischen Handelskammer alle nach chinesischen Standards, Telekommunikationsnetze werden oft von einem einzigen chinesischen Anbieter installiert. Für europäische Firmen blieben daher kaum Chancen, von der Wertschöpfungskette zu profitieren – sowohl bei der Hardware als auch der Software.

Seit Jahren streiten sich Experten, wie die Neue Seidenstraße politisch zu bewerten sei: Die einen nehmen die „Belt and Road“-Initiative als eine Art Marshall-Plan für Entwicklungsländer wahr, schließlich führe laut Angaben der Weltbank jedes in Infrastruktur investierte Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Entwicklungsländern zu bis zu sieben Prozent Wachstum.

5 Kritiker halten die Pläne der chinesischen Regierung jedoch viel mehr für eine Schuldenfalle, um ärmere Länder von sich abhängig zu machen. Der Präsident der europäischen Handelskammer

“
Die Seidenstraße ist kein multilaterales Setting, sondern mutet wie eine Einbahnstraße an.“

Jörg Wuttke, Chef der Europ. Handelskammer

hat einen pragmatischen Blick: Er sieht die Neue Seidenstraße als Chinas Versuch, zum globalen Player zu werden. Denn im Gegensatz zur gemeinhin gehegten Annahme, dass „China derzeit die halbe Welt aufkaufe“, ist die Volksrepublik bislang tatsächlich nur in vier Ländern weltweit der größte Investor – Kasachstan, Pakistan, Kambodscha und Laos.

6 EU geht nicht gemeinsam vor

Unter den EU-Kernländern ist Italien dem Seidenstraßen-Projekt ganz formell als erstes beigetreten – sehr zum Ärger der Bundesregierung etwa. Diese fordert eine geeinte China-Strategie der EU, auch wenn diese bei den unterschiedlichen Interessen derzeit utopisch erscheint. Für die deutsche Regierung werden die Milliardeninvestitionen im eigenen Hinterhof mit Argusaugen begutachtet. Viele südosteuropäische Länder nehmen die Infrastrukturprojekte der Chinesen jedoch mit Kussband an – weil diese zumindest in absehbarer Zeit nicht erfolglos wären.

Die europäische Handelskammer hat allerdings keinen Vorteil für diejenigen Länder festgestellt, die der Neuen Seidenstraße vertraglich beitreten.

Handelskrieg: Die Waffen ruhen, die Tarife bleiben

Handel. Mit dem Deal zwischen den USA und China wird eine weitere Eskalation abgewendet. Doch fundamentale Meinungsunterschiede bleiben bestehen, ebenso wie der Großteil der Zölle.

Von unserem Korrespondenten
STEFAN RIECHER

New York. Wer glaubt, dass mit dem am Mittwoch unterzeichneten Handelsdeal zwischen den USA und China der Handelskonflikt zwischen den beiden weltgrößten Volkswirtschaften endgültig gelöst ist, hat sich getäuscht. Das zeigt ein Blick auf die Details der Vereinbarung.

A Das Herzstück des sogenannten Phase-eins-Deals ist das Versprechen Pekings, künftig deutlich mehr Waren aus den USA zu importieren. Von zusätzlichen Lieferungen in Höhe von 200 Mrd. Dollar über einen Zeitraum von zwei Jahren ist die Rede. Freilich: Ob dieser Wert tatsächlich erreicht wird, bleibt abzuwarten. Bereits im Vorfeld der Unterzeichnung äußerten Ökonomen ihre Zweifel.

So importierte China 2018 Waren im Wert von 120 Mrd. Dollar aus den USA. Im Jahr davor, das im Handelsdeal als Referenzjahr angegeben wird, waren es 100 Mrd. Dollar. Eine Erhöhung um jährlich 100 Mrd. Dollar pro Jahr bedeutet ein Plus von drei Vierteln. Eine derartige Verschiebung der internationalen Handelsströme in kurzer Zeit mag möglich sein. Einfach ist es aber nicht. Eine Option, die Zahlen leichter zu erreichen, wäre die Einbeziehung von Importen von Dienstleistungen. Der Vergleichswert von 2017 läge bei 186 Mrd. Dollar, es wäre immer noch ein Plus von mehr als 50 Prozent nötig.

B Keine Eskalation
Bereits jetzt zeichnet sich ab, dass mehrere Missverständnisse bestehen bleiben. So meldete die staatliche Agentur Xinhua, dass die „USA ihre Verpflichtung erfüllen werden, die Sondertarife auf chinesische Produkte schrittweise zu reduzieren“. Auf US-Seite ist davon bislang keine Rede. Einzig eine fast schon symbolische Reduktion ist in dem Abkommen zu finden.

C Laut dem von US-Präsident Donald Trump und Chinas Vizepremier Liu He unterzeichneten Deal garantieren die USA lediglich eine Kürzung von Zöllen auf Waren im Wert von 120 Mrd. Dollar, und zwar von 15 auf 7,5 Prozent. Der Großteil der Tarife bleibt bestehen: 25 Prozent auf Lieferungen in der Höhe von rund 250 Mrd. Dollar pro Jahr. Zur Einordnung: Weiterhin werden mehr als die Hälfte aller chinesischen Importe mit einem gewaltigen Sonderzoll belegt, der bei Amtsantritt Trumps noch nicht bestand. Der Handelskrieg ist nicht gelöst, bloß die befürchtete Eskalation ist vorläufig abgewendet.



Xi Jinping bestätigt Treffen mit Trump nicht. [Reuters]

Die europäische Handelskammer hat allerdings keinen Vorteil für diejenigen Länder festgestellt, die der Neuen Seidenstraße vertraglich beitreten.

Trotzdem hat Trump angekündigt, weitere Verhandlungen schnell aufzunehmen. Er will zeitnah nach Peking reisen, um mit Chinas Präsidenten, Xi Jinping, zusammenzukommen. Auch hier könnte ein Missverständnis bestehen: Bis zuletzt weigerte sich China, ein geplantes Treffen zu bestätigen.

D Entscheidend für das künftige Wirtschaftsverhältnis der beiden Nationen werden der Ausgang der US-Wahlen im November und die Zeit danach sein. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass es davor zu einem geplanten Phase-zwei-Deal kommt, der auch den Hauptstreitpunkt des erzwungenen Technologietransfers adressieren würde. Bleibt Trump Präsident, würde er womöglich eher eine Rezession riskieren, um China zu Eingeständnissen zu zwingen. Ein Wirtschaftseinbruch vor den Wahlen hätte hingegen seine Chancen auf eine weitere Amtszeit erheblich reduziert.

Trotzdem hat Trump angekündigt, weitere Verhandlungen schnell aufzunehmen. Er will zeitnah nach Peking reisen, um mit Chinas Präsidenten, Xi Jinping, zusammenzukommen. Auch hier könnte ein Missverständnis bestehen: Bis zuletzt weigerte sich China, ein geplantes Treffen zu bestätigen.